Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1129

12. 04. 95

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen

Seit Mitte der siebziger Jahre ist die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet.

Die allgemeine Arbeitslosenquote, die 1973 bei ca. 1 Prozent lag, steigt intervallartig an. Nach einem Anstieg Mitte der siebziger Jahre sank die Zahl der Arbeitslosen 1979 wieder bis auf 876 137 Personen, um anschließend bis 1985 auf 2,3 Millionen, d. h. 9,3 Prozent, anzusteigen. Eine länger andauernde konjunkturelle Erholung ließ die Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder absinken. 1991 registrierte die Bundesanstalt für Arbeit weniger als 1,7 Million Arbeitslose. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland eine stark ansteigende Arbeitslosenzahl, die, nachdem sie zeitweise die Vier-Milionen-Grenze überschritten hatte, im März 1995 – auch wesentlich konjunkturell bedingt – bei 3,674 Millionen Arbeitslosen (9,6 Prozent) liegt.

Lange Zeit galt eine qualifizierte Ausbildung als Garant gegen Erwerbslosigkeit. Diese Annahme war jedoch einhergehend mit der Öffnung der Hochschulen bereits für einzelne Studiengänge bzw. Fachrichtungen (v. a. Lehramt, Geistes- und Sozialwissenschaften) nicht mehr haltbar. Seit einiger Zeit zeichnet sich jetzt eine Tendenz der ansteigenden Arbeitslosigkeit auch bei Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen anderer Fachrichtungen ab. Hinzu kommt, daß mit steigender Erwerbslosigkeit und Arbeitslosendauer vermehrt Personen mit wissenschaftlicher Ausbildung auch in Bereiche drängen, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen, bzw. sie sich für sog. Warteschleifen an den Hochschulen entscheiden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Die auf den jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten und der Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen aufbauenden Beschäftigungslagen bestimmen

wesentlich das längerfristige Bildungsverhalten. Hiermit verbunden ist der Effekt der periodisch wiederkehrenden „Unter- und Überproduktion" an qualifizierten Nachwuchskräften. Sieht die Bundesregierung in diesem in der Literatur als „Schweinezyklus" bekanntgewordenen Phänomen ein Problem?

Wenn ja, wie will die Bundesregierung Abhilfe schaffen?

Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Ansicht, daß es nicht zu periodisch wiederkehrenden „Unter- und Überproduktionen" von qualifizierten Nachwuchskräften kommt?

2. In welchen Ausbildungsfachrichtungen mit Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildung lag der prozentuale Anstieg der Arbeitslosigkeit basierend auf den Ergebnissen der Strukturanalysen 1993 und 1994 der Bundesanstalt für Arbeit – getrennt ausgewiesen nach Bundesgebiet West und Bundesgebiet Ost – über dem durchschnittlichen prozentualen Anstieg der Arbeitslosigkeit, und in welchen Ausbildungsfachrichtungen fiel er geringer aus?

   Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

3. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß für bestimmte Ausbildungsfachrichtungen eine schlechtere Berufseinmündungschance – zumindest auf ausbildungsadäquater Ebene – besteht?

   Wenn ja, wie sehen die Strategien der Bundesregierung zur Abhilfe aus?

   Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier keine Handlungsnotwendigkeit?

4. Wie lang ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für Arbeitslose mit abgeschlossener Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildung – aufgeschlüsselt nach den ausgewiesenen Ausbildungsfachrichtungen, Alter und Geschlecht und jeweils getrennt ausgewiesen nach Bundesgebiet West und Bundesgebiet Ost – basierend auf den Ergebnissen der Strukturanalysen 1993 und 1994 der Bundesanstalt für Arbeit?

   Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

5. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß für Hochschul-/ Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildungen in einzelnen Ausbildungsfachrichtungen eine Tendenz zur Langzeitarbeitslosigkeit besteht?

   Wie erklärt sich die Bundesregierung die unterschiedlichen Zeiten bis zur Vermittlung in eine neue Berufstätigkeit bei den einzelnen Ausbildungsfachrichtungen und differenziert nach Geschlecht?

6. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß von der Aufnahme eines Studiums in denjenigen Studiengängen bzw. Fachrichtungen abgeraten werden sollte, in denen höhere Arbeitslosenraten zu verzeichnen sind?

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß von der Aufnahme eines Studiums in denjenigen Studiengängen bzw. Fachrichtungen abgeraten werden sollte, in denen höhere Arbeitslosenraten zukünftig zu erwarten sind?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

7. Wie viele Absolventen und Absolventinnen von Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildungen – aufgeschlüsselt nach Ausbildungsfachrichtungen – erhielten 1993 und 1994 in den ersten sechs Monaten nach Abschluß des Studiums Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, wie viele in den ersten zwölf Monaten?

   Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

8. Wie viele Absolventen und Absolventinnen von Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildungen erhielten 1993 und 1994 in den ersten sechs Monaten nach Abschluß des Studiums Leistungen der Sozialhilfe, wie viele in den ersten zwölf Monaten?

   Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

9. Wie viele als arbeitslos bzw. arbeitssuchend gemeldete Absolventen und Absolventinnen von Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildungen – aufgeschlüsselt nach Ausbildungsfachrichtungen – haben in den ersten sechs Monaten nach Abschluß des Studiums keine Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit erhalten?

   Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

10. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Verschlechterung der Berufsaussichten für Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen studienzeitverlängernd wirkt?

    Wenn ja, welche Abhilfe will die Bundesregierung schaffen?

    Wenn nein, warum sieht die Bundesregierung hier kein Problem?

11. Wie viele Absolventen und Absolventinnen von Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulausbildungen – aufgeschlüsselt nach Ausbildungsfachrichtungen – verbleiben aufgrund fehlender Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe weiterhin an den Hochschulen und nehmen ein Zweitstudium, ein Zusatzstudium oder ein Promotionsstudium auf?

    Wie bewertet die Bundesregierung dieses Ergebnis?

12. Sieht die Bundesregierung ein Problem darin, daß bei Annahme von Stipendien (z. B. zur Promotions- oder Habilitationsförderung) nach Abschluß der Förderung oftmals keine finanzielle Absicherung besteht?

    Wenn ja, was plant die Bundesregierung zur Behebung dieses Problems?

Wenn nein, welche Möglichkeiten der finanziellen Absicherung empfiehlt die Bundesregierung nach dem Auslaufen einer mehrjährigen Stipendiatenförderung bei eintretender Arbeitslosigkeit in Anspruch zu nehmen?

13. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Verschlechterung der Berufsaussichten für Hochschul-/Universitäts- bzw. Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen generell bzw. für einzelne Ausbildungsfachrichtungen zur Aufnahme sog. minderqualifizierter Tätigkeiten führt?

    Wenn ja, sieht die Bundesregierung hierin einen „Verdrängungseffekt"?

    Wenn nein, wie begründet die Bundesregierung ihre Ansicht?

14. Wie stark ausgeprägt sind die geschlechtsspezifischen Differenzen beim monatlichen Nettoeinkommen der Erwerbstätigen mit Hochschul-/Unversitäts- bzw. Fachhochschulabschluß in den einzelnen vom Statistischen Bundesamt erfaßten Hauptfachrichtungen derzeit?

15. Sieht die Bundesregierung als Gründe für geschlechtsspezifisch unterschiedlich ausfallende Nettoeinkommen:

    - eine generelle Benachteiligung von Frauen,
    - ein Problem der unterschiedlichen Ausbildungs- und Berufswahl,
    - ein Problem des Alters der Beschäftigten,
    - berufliche Nachteile durch Kindererziehung,
    - eine Konsequenz der unterschiedlichen Verteilung von Teilzeitstellen,
    - eine Konsequenz der Abdrängung von Frauen in sog. minderqualifizierte Stellen oder
    - ein Problem der unterschiedlichen Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Bonn, den 12. April 1995

Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333